

Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort.

Nr. 487 / 2012

Kiel, Mittwoch, 12. Dezember 2012

Hochschule / Lehrerausbildung

Christopher Vogt: Schularbezogene Lehrerausbildung muss erhalten bleiben

In seiner Rede zu **TOP 25 und 39** (Bericht zur Zukunft der Lehrerausbildung und Antrag zum Erhalt der schularbezogenen Lehrerausbildung) erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und hochschulpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Frau Ministerin Wende, die von Ihnen geplante Einführung des sogenannte Stufenlehrermodells sorgt seit Monaten für sehr viel Unruhe in unserer Bildungslandschaft – vor allem an den Gymnasien, aber auch an den Universitäten in Kiel und Flensburg. Sie versuchen zwar, jeweils halbherzig zu beschwichtigen, aber das Modell des Stufenlehrers ist eine so offensichtliche Schwächung der erfolgreichen Schulform ‚Gymnasium‘, dass Ihnen das an den Gymnasien wohl kaum gelingen wird.

Die finanziellen Auswirkungen für das Land müssen dabei von vornherein in die Überlegungen einbezogen werden. Für uns ist klar: Die Besoldung der Lehrer muss fair geregelt sein. Wer die gleiche Ausbildung erhält und angeblich auch die gleiche Aufgabe hat, muss dann auch gleich besoldet werden. Eine Angleichung an das Niveau der niedrigeren Besoldungsstufe kann und darf nicht die Lösung des Problems sein.

Es muss ebenso klar sein, dass kein Uni-Standort durch die Reform der Lehrerausbildung, die unbestritten notwendig ist, geschwächt werden darf und auch bei der Qualität der Ausbildung keine Abstriche gemacht werden dürfen. Auch muss es jedem klar sein, dass die Lehrer an der Gemeinschaftsschule bei der Vermittlung des Lernstoffs vor anderen Herausforderungen stehen, als die Lehrer am Gymnasium.

Wenn die Landesregierung keine eindeutigen Signale sendet, die glaubwürdig deutlich machen, dass der Gymnasiallehrer nicht abgeschafft werden soll, bleibt das Grundproblem bestehen: Sie betreiben hier auf mehr oder weniger subtile Art und Weise Schulstrukturpolitik, die bildungspolitisch völlig kontraproduktiv ist. Die Lehrerausbildung muss sich an den bestehenden Schulformen orientieren, nicht andersherum.

Es wird immer deutlicher: Die Gymnasien werden von dieser Landesregierung maximal geduldet, aber leider nicht fair behandelt. Ob nun bei der Verteilung

Susann Wilke, Pressesprecherin, v.i.S.d.P., FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag,
Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431 / 988 1488, Telefax: 0431 / 988 1497,
E-Mail: susann.wilke@fdp.ltsh.de, Internet: <http://www.fdp-sh.de>



Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

www.fdp-sh.de

von Lehrerstellen, bei der Frage G8/G9, bei der Frage der Oberstufen und auch bei der Frage der Lehrerausbildung – bei jeder Entscheidung ist Ihre Richtung klar: Im Zweifel wird zu Lasten des Gymnasiums entschieden. Sie sorgen für große Unruhe an den Schulen! Was haben wir uns hier in den letzten drei Jahren an – zum Teil wirklich hochemotionalen – Redebeiträgen anhören müssen, in denen dem Kollegen Ekkehard Klug vorgeworfen wurde, dass er für Unruhe an den Schulen sorgen würde. Es ging Ihnen jedoch nie wirklich um Ruhe an den Schulen, wie man derzeit leider an Ihren Plänen zur Lehrerausbildung sehen kann.

Interessant finde ich auch, dass die Koalitionsparteien sonst immer gern vor Alleingängen Schleswig-Holsteins warnen. Das macht mal mehr und mal weniger Sinn, aber dass Sie in dieser Frage keine Probleme mit einem Alleingang Schleswig-Holsteins haben, ist wirklich bemerkenswert! Das Lehramtsstudium würde in Schleswig-Holstein durch diesen Alleingang der Landesregierung nicht attraktiver werden – im Gegenteil.

Wir wollen an der schulartbezogenen Lehrerausbildung festhalten.“